Des Kalendermanns Weltumschau

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **234 (1955)**

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-375530

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Des Kalendermanns Weltumschau

Welches Ereignis der Jahreschronik wird mit Fettdruck in die Geschichte eingehen? Das zu wissen, ist uns verwehrt. Wohl aber können wir wünschen, daß es einst nicht nur als ein Kapitel zeitraubender, sondern auch erfolgreicher Konferenzen in den Büchern der Geschichte nachzublättern sei. Reden ist auf alle Fälle besser, als schießen. Und Krieg ruft gewöhnlich neuem Krieg. Selbst ein solcher um die Freiheit. Ohne Zweifel urteilen viele Asiaten über das Ringen in Indochina wie über den Kampf dieses Landes um seine Freiheit. Und sie haben damit nicht ohne weiteres Unrecht. Aber jene Indochinesen, die in dem Ringen glauben, sich dabei selbst mit jenen verbünden zu dürfen, die sie als Feinde ihrer Unabhängigkeit von morgen eigentlich fürchten müssen, bringen nicht nur deshalb ihre eigenen besseren Ziele in Gefahr. Jeder Krieg droht bei den Waffen, über die wir Menschen heute verfügen, zu einem Weg des Selbstmordes für Angreifer und Angegriffene, für Kriegführende und Nichtkriegführende zu werden. Schon aus diesem Grunde ist zu wünschen, daß die Geschichte der Gegenwart und der Zukunft eine der Kongresse werde, so wie jene der Vergangenheit vor allem eine Folge von Kapiteln einer Kriegsgeschichte ist.

Neue Waffen, neue Strategie

Aus den gewohnten Merkmalen des Jahres der Kalenderchronik hebt sich diesmal eines deutlich heraus, das Züge der Dämonie zeigt. Die Wasserstoffbomben-Versuche haben alten Ängsten eine neue hinzugefügt. Die Macht, die den Menschen durch die Wissenschaft der Kernspaltung in die Hände gegeben ist, droht in Ohnmacht umzuschlagen. Eine Folge sind politische Erschütterungen.

Als anfangs August letzten Jahres der 83. amerikanische Kongreß auseinanderging, hatte er zuletzt die Wehrkredite im Hinblick auf Amerikas Vorsprung in der Atomrüstung um einige Milliarden gekürzt. Wenige Tage später, am 8. August, kündigte Malenkow an, Rußland besitze die Wasserstoffbombe, die viel größere Sprengkräfte entwickelt als Atombomben; diese reihte man denn auch bereits unter die „klassischen Waffen" ein. Zuständige amerikanische Leute errechneten, eine wirkungsvolle Abwehr gegen die Folgen eines Angriffes mit Wasserstoffbomben koste das Vielfache dessen, was man an Wehrkrediten eben gestrichen habe. Amerika besitzt aber nicht nur Wasserstoffbomben, sondern hat die Atomwaffen auch zum taktischen Einsatz entwickelt. Im Oktober begann Washington mit der Ausrüstung seiner Armee in Deutschland mit Atomkanonen und im April waren schon ein Dutzend solcher Batterien in unserem Nachbarland stationiert.

Um die Zeit des Jahreswechsels, kurz vor der Eröffnung der Berliner Konferenz, hat Staatssekretär Dulles die Prinzipien einer neuen Strategie verkündet. Amerika soll unter ihrem Regime neben der Aufstellung einer strategischen Reserve im Heimatland einem Angreifer mit der vernichtenden Vergeltungsmacht der neuen Waffen drohen. Dies erlaube, die Truppenbestände außer Landes zu reduzieren. Aus Korea wurden denn auch zwei Divisionen abgezogen, und die amerikanischen Bestände in Europa sollen mit der Zeit ebenfalls verringert werden. Am 8. Dezember entwickelte Eisenhower der Uno-Generalversammlung den Plan zur Schaffung einer internationalen Atombank oder Zentralstelle, welche die Entwicklung dieser Energiequelle für friedliche Ziele fördern soll. Auf diese Anregung hin wurden die Abrüstungsgespräche wieder aufgenommen. Es war an der Zeit dazu.

Als der unberechenbare Wind nach einem Wasserstoffbomben-Versuch im Pazifik am 1. März eine Wolke radioaktiver Asche über die Grenzen der Sicherungszone, die einen Radius von über 700 Kilometern hatte, trug, versengte deren Strahlung die Gesichter von japanischen Fischern. Dadurch wurde eine Welle von Publizität erzeugt und jedermann zum Bewußtsein gebracht, welche Sprengkraft und welchen Wirkungsbereich die Wasserstoffbomben besitzen. Der Chef der Zivilverteidigung von New York zog daraus den Schluß, die Vorbereitung der Weltstädte für einen Krieg müsse zu einer Planung für deren völlige Evakuation gemacht werden. Der Ruf nach einer Achtung der Atomwaffen wurde laut. Die berechtigte Mahnung, daß jede Achtung durch die Freiheit der Kontrolle garantiert werden müßte, folgte. In Washington hoffte man, die Wasserstoffbombengewitter würden die Russen Eisenhowers friedlichen Atomplänen geneigt stimmen. Aber die Schwierigkeit bleibt, daß der Osten und Westen nicht nur gleicherweise die Wirkungen eines Atomwaffenkrieges zu fürchten haben, sondern daß die Sowjets auch von einer Furcht vor der Freiheit erfüllt sind, die es schwer macht, Voraussetzungen einer echten Kontrolle zu schaffen. Nach der Berliner Konferenz und vor der Genfer Konferenz, zu denen die Abrüstungsgespräche parallel liefen, meinte Churchill enttäuschter, als er zu Zeiten schon schien, es werde mehr Zeit brauchen, als „manch einer von uns erleben wird", um mit dem Osten zu einer Verständigung zu kommen.

Auf die Innenpolitik konzentriert

Bis zur Eröffnung der Berliner Konferenz schienen sich die politischen Energien der Völker und Regierungen vor allem auf die Innenpolitik zu konzentrieren. Wer davon berichten muß, wie Frankreichs Innenpolitik dessen außenpolitische Kräfte zeitweise fast völlig lähmte, so etwa während eines Verkehrsstreikes zur Ferienzeit im vergangenen Sommer, wer von den sporadischen Streikbewegungen spricht, die wellenartig über Italien hinweggehen, der darf unter diesen Ereignissen als etwas Außergewöhnliches notieren, daß es im vergangenen Jahr auch in Rußland zu Streikbewegungen gekommen ist. Und zwar in den riesigen Gefangenen- und Sklavenlagern Sibiriens. Flüchtlinge, die erst im späten Herbst im freien Westen aus jenen Gebieten eintrafen, wußten darüber zu berichten. Und im Frühjahr erfuhr man, daß in der Folge diese Streike, die in einem seltsamen Zusammenhang mit den Unruhen in Ostdeutschland standen, zu einer Milderung des Regimes dieser Lager führten. Aber das Viergespann von Malenkow, Molotow, Bulganin und

(Photopreß)

Die Ostasien-Konferenz in Genf

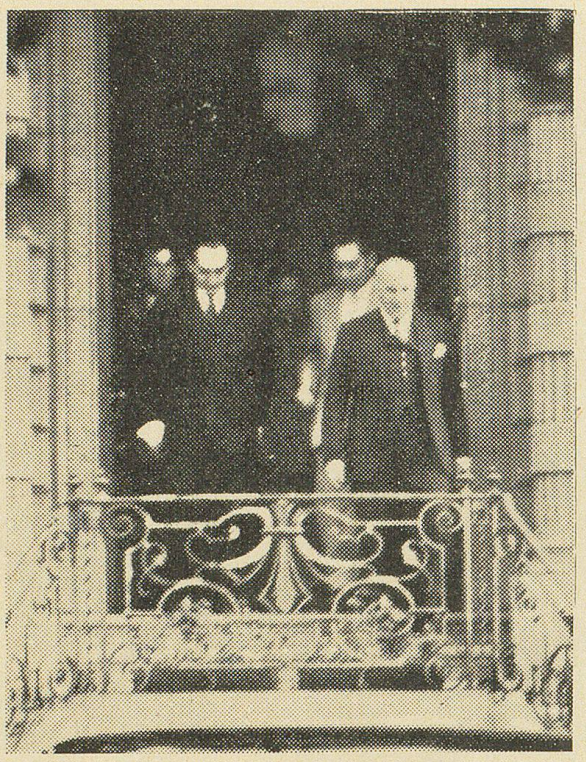
In der Bildmitte erkennt man den englischen Außenminister Anthony Eden, der den Vorsitz führt; rechts oben der russische Außenminister Molotow, darunter die Rotchinesische Delegation mit Ministerpräsident und Außenminister Tschu En-Lai.

Kaganowitsch, zu dem nach Berias Verhaftung das Fünfgespann der Nachfolge Stalins geworden war, wurde freilich nicht gesprengt. Ja, als Beria am 23. Dezember von einem Militärgerichte zu Tode verurteilt, erschossen wurde, war es mit Chruschtschew, einem Agrarpolitiker von zunehmender Bedeutung, wieder auf ein Fünfgespann angewachsen. Der neue Mann versuchte, durch einiges Entgegenkommen die Bauernschaft zu gewinnen. Wieweit ihm das gelang oder gelingen wird, bleibt freilich für den Westen ein Geheimnis, das er vorerst so wenig zu lüften vermag wie jenes, wieweit die Fünf Männer im Kreml miteinander und wie weit sie gegeneinander regieren.

In einem der wichtigsten west-östlichen Kontaktgebiete vollzog sich ein Umschwung, in Persien nämlich. Mitte August vorigen Jahres hat Mossadegh, der die Briten aus seinem Land vertrieb, von einem angeblichen Putsch der kaiserlichen Garde berichten lassen. Der Schah floh darauf außer Landes. Dessen Anhänger aber ließen sich nicht einschüchtern und rückten gegen Teheran. Am 19. August zog General Zahedi mit kaisertreuen Truppen in dieser Stadt ein, und Mossadegh, der Verfolger, wurde zum Verfolgten, schließlich zum Gefangenen und in einem Prozeß schuldig befunden, sich wider die Sicherheit des Staates vergangen zu haben; er wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Eine erfreuliche Folge des Umschwunges war, daß Persien und Großbritannien am 5. Dezember die diplomatischen Beziehungen wieder neu knüpften.

Auch in Kairo wurden die politischen Energien durch innenpolitische Rivalitäten gefesselt, weshalb von einer, vermutlich vorübergehenden, Entspannung zwischen diesem Zentrum und London gesprochen werden darf. General Naguib sah sich in der Folge harter Intrigenkämpfe im Frühjahr schrittweise entmachtet, und zwar von einer Gruppe von Offizieren um Nasser, einen Mitarbeiter und Militär, der ihm im April das Amt des Premierministers abnahm. Zur gleichen Zeit vollzog sich der Abschluß eines Paktes zwischen der Türkei und Pakistan, zweier westlich gerichteter mächtiger Moslemvölker, ein Ereignis, das vielleicht künftighin auch am Nil verspürt werden wird, ist doch damit der Führungsanspruch Ägyptens in der moslemitischen Welt nicht mehr unbestritten. Und die Wahlen in der Türkei brachten im Frühjahr eine Zustimmung zum prowestlichen Kurs der regierenden Demokraten, das dieses Land weiterhin zu einer starken Stellung des Atlantikpaktes macht.

Ein knallendes rhetorisches Feuerwerk zwischen Belgrad und Rom über der Adria schuf im noch näheren Osten im Herbst unter den Westmächten dagegen einige Beunruhigung. Am 8. Oktober hatten die Engländer und Amerikaner wissen lassen, sie hätten sich entschlossen, ihre Truppen aus der Zone A des Territoriums von



Hohe Weltpolitik in Bern

Der französische Ministerpräsident Mendes-France traf sich in der französischen Botschaft in Bern mit dem Rotchinesischen Premier Tschu En-lai zu einer vertraulichen Aussprache. Links: Mendes-France, Tschu En-lai in hellem Kleid hinter dem französischen Botschafter

Triest zurückzuziehen, und zwar zugunsten der Italiener. Tito antwortete mit Drohkanonaden. Anfangs November randalierten die Studenten in Triest. Es kam zu Unruhen, und auf den Straßen blieben Tote. Das rief – in Triest war ein englischer Kommandant für die Ordnung verantwortlich – einer Protestwelle in Italien, die von den Extremisten zu einem antibritischen Feuer angefacht wurde. Endlich aber siegte die Einsicht, daß das gefährliche Spiele seien, und man begann, von neuem auf eine beide Teile einigermaßen zufriedenstellende Lösung zu suchen. Pella, der Nachfolger de Gasperis als Regierungschef, der vor allem versucht hatte, aus Triest Kapital zu schlagen, wurde durch Scelba ersetzt. Dieser soll sich mit Staatssekretär Dulles, der anfangs Mai, eine Woche nach der Eröffnung der Genfer Konferenz, über Mailand nach New York zurückflog, bei einem Zwischenhalt über die großen Linien einer Lösung für Triest geeinigt haben.

Gefestigt gegen Anfälle offener politischer und sozialer Unrast zeigte sich Westdeutschland. Die Bundestagswahlen vom 6. September hatten Bundeskanzler Adenauer einen glanzvollen Sieg gebracht, den er in der Außenpolitik zäh für die weitere Integrierung Westeuropas auszuwerten suchte, etwas vereinsamt in einer Welt, deren politische Zentren die Konferenzen von Berlin und Genf wurden, wodurch Straßburg mit seinem Europarat in den Schatten geriet. Dessen konsultative Versammlung vertagte Ende Mai die Debatte über eine europäische Saarlösung, eine der Bedingungen, an die Paris die Ratifizierung der Europaverträge knüpfte, auf den Herbst.

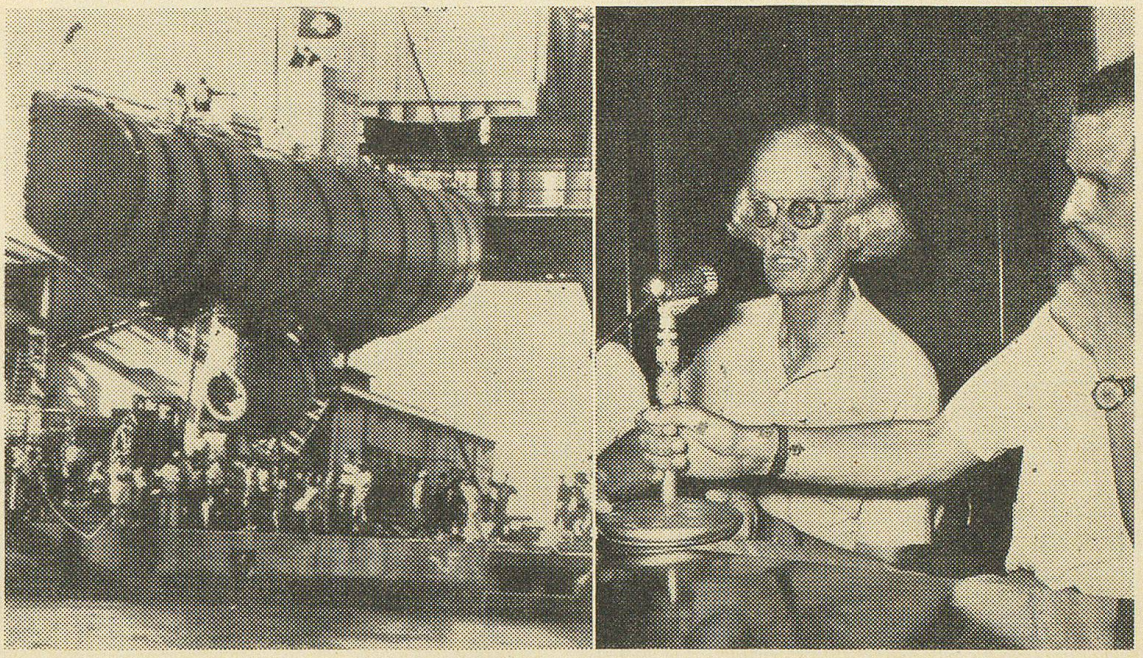
Auf breitester Ebene

Moskau will die Wiederbewaffnung Westdeutschlands sowohl im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wie auch in jenem des Atlantikpaktes verhindern. Churchill, der einen Anlauf genommen hatte, um den Sowjets in Gesprächen auf höchster Ebene durch ein „Ostlocarno" Garantien gegen einen Angriff eines wiederbewaffneten Deutschland anzubieten und damit doch noch deren Zustimmung zur Remilitarisierung Westdeutschlands zu erhandeln, fand kein Echo – oder doch nur ein unerwünschtes. Französische Abgeordnete, der Radikalsozialist Daladier und etliche Gaullisten, reisten Ende vorigen Jahres nach Polen und berichteten darüber, als wäre dies eine Großmacht, auf die Frankreich seine Sicherheitswünsche wie ehemals abstützen könnte. Sie wurden zu Fürsprechern der Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze. Nicht zuletzt deshalb durften es einige Monate später westdeutsche Abgeordnete der Regierungskoalition, angeführt vom freidemokratischen Pfleiderer, wagen, eine Moskauer Reise zu planen.

Statt der Gespräche auf höchster Ebene, welche Churchill erwünscht hatte, kam es am 25. Januar in Berlin zu einer Vierer-Konferenz auf der Ebene der Außenminister und in der Folge in Genf am 26. April zu einer Asienkonferenz auf breitester Ebene. Schon bei den Vorbereitungen zur Berliner Konferenz hatte Molotow versucht, diese zum Vorspann einer Fünferkonferenz zu machen, an der Sowjetchina als diplomatisch anerkannter fünfter Großmacht deren Vorteile in die Hände gespielt werden sollten. Das vermochte Dulles zu verhindern. Molotow aber verweigerte dafür in Berlin jedes Entgegenkommen zu einer Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen; er verweigerte schließlich sogar die Unterschrift unter die russische Version des österreichischen Staatsvertrages, zu der die Westmächte schließlich ihre Zustimmung gegeben hatten. Alles, worauf man sich in Berlin schließlich einigte, war die Ansetzung der Asienkonferenz in Genf, an der, so wünschten es die Westmächte, aus dem Waffenstillstand in Korea ein Friede gemacht und der Krieg in Indochina in einen Waffenstillstand überführt werden sollte.

Aber Molotow, der wegen der offensichtlichen Verweigerung auch des geringsten Entgegenkommens in der österreichischen Frage unter einheitlich schlechtem Presseecho des Westens Berlin verlassen hatte, brachte Ende März vor der Genfer Konferenz noch einen Notenwechsel über Europa in Gang. Bei einem Empfang in der russischen Botschaft unter den Linden hatte er Bidault gefragt, ob es nicht möglich wäre, daß sich die kontinentaleuropäischen Länder, eingeschlossen Rußland und die Volksdemokratien sowie Ostdeutschland, zu einem Block zusammenschließen könnten. Eben diesen Gedanken, mit der Anregung, den Sowjets auch die Türe zum Atlantikpakt zu öffnen, entwickelte er in dieser Note.

Diese Vorschläge wurden im Mai während der Genfer Konferenz zurückgewiesen. Der Westen hatte in ihnen



Professor Piccard erreicht Rekordtiefe

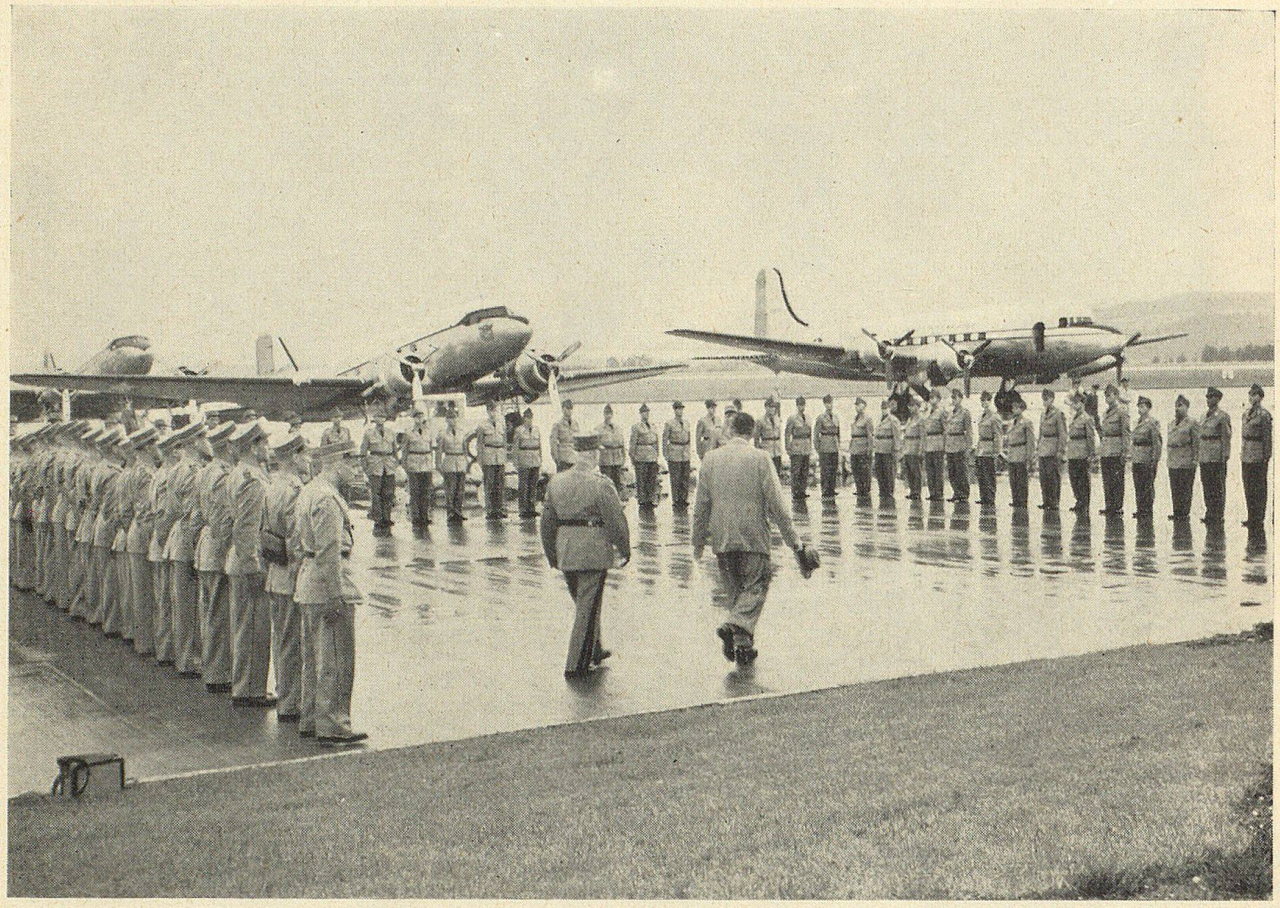
Der geniale Schweizer Forscher Prof. Auguste Piccard und sein Sohn Jacques erreichten in dem Batyscap «Trieste» bei der Insel Ponza im Tyrrhenischen Meer die Tiefe von 3150 m und stellten damit einen neuen Tieftauchrekord auf. Wesentlicher aber, als dieser fragwürdige Ruhm eines Rekordes, dürfte dem Wissenschafter Piccard der Beweis gewesen sein, daß seine Berechnungen stimmten, und er nun der Menschheit ein Mittel in die Hand gegeben hat, die bisher noch so wenig erforschten Tiefen des Meeres zu ergründen. Unser Bild zeigt links das Tauchboot, rechts Prof. Piccard anläßlich einer Besprechung vor Beginn der Vorversuche.

den russischen Vormachtanspruch über den ganzen europäischen Kontinent erkannt und das Wort, das Dulles in der Berliner Debatte gesprochen hatte, noch nicht vergessen: „Die Teilung in der Welt hat sich zwischen jenen vollzogen, die geschluckt worden sind, und jenen andern, die sich nicht schlucken lassen wollen."

Tschu En-lai, der sowjetchinesische Premier- und Außenminister, eröffnete sein Spiel an der Genfer Konferenz mit der Verkündung einer Art asiatischer Monroedoktrin. Er proklamierte den Grundsatz der Nichteinmischung raumfremder Mächte in die asiatische Welt, wie die Monroedoktrin vor hundert Jahren für Amerika einen ähnlichen Grundsatz aufstellte. Wenn diese Proklamation Tschu En-lais historische Wirkung erhalten sollte, so würde sie sich allerdings nicht nur gegen Frankreichs Besitzungen in Indochina, sowie jene Englands und Amerikas im Fernen Osten, sondern schließlich vielleicht auch gegen die Russen in Port Arthur und Dairen richten.

Die Koreakonferenz ist unverrichteter Sache auseinandergegangen, nachdem man sich hüben und drüben noch gegenseitig die Schuld am Mißerfolg in die Schuhe zu schieben suchte. Nach fünfzig Tagen zähen Feilschens konnte dem am 27. Juli 1953 unterzeichneten Waffenstillstandsabkommen doch kein Friedensvertrag angefügt werden. Der südkoreanische Ministerpräsident Rhee erklärte daraufhin prompt, das Waffenstillstandsabkommen sei damit hinfällig und binde Südkorea nicht mehr. Dagegen stellten sich die übrigen Mächte auf den Standpunkt, der Waffenstillstand sei zu halten, bis dessen Text im Einvernehmen sämtlicher Unterzeichner geändert werde. Dennoch bleiben in Korea „unvorhergesehenen Entwicklungen" Tür und Tor offen, denn daß sich der gegenwärtige Zustand nicht einfach verewigen läßt, ist klar. Immerhin wird die freie südkoreanische Hälfte nicht einfach durch ein Besetzungsregime aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges gesichert, sondern durch eine Armee unter der Führung der Vereinten Nationen und eine Koalition der 16 nichtkommunistischen Staaten der Koreakonferenz. Diese Sechzehn sind in Genf nicht einfach auseinander gelaufen, sondern haben die Verhandlungen geschlossen verlassen. Sie werden wohl bald in neuen Koreaverhandlungen vor den Vereinten Nationen in geschlossener Reihe wieder antreten. Der Mißerfolg der Koreakonferenz hat diese Koalition, der neben Südkorea auch die asiatischen Staaten Siam und die Philippinen angehören, eher gefestigt. Tschu En-lais Programm der Ausschaltung „raumfremder Mächte" aus Asien sieht sich also der Tatsache gegenüber, daß es ihm nicht einmal gelungen ist, aus der Koalition der Raumfremden die Raumzugehörigen, die Asiaten, herauszulösen.

Die Indochinakonferenz wird einstweilen fortgesetzt, wenn auch die erste Garnitur der Staatsmänner die Konferenz verlassen hat. Sie hat mit der Neubildung der französischen Regierung, wobei Mendès-France die Nachfolge Laniels übernahm, eine neue Gnadenfrist erhalten. Die Konferenz scheint eng mit dem Schicksal der neuen französischen Regierung verknüpft zu sein, und umgekehrt. Ministerpräsident Men-



Photopreß

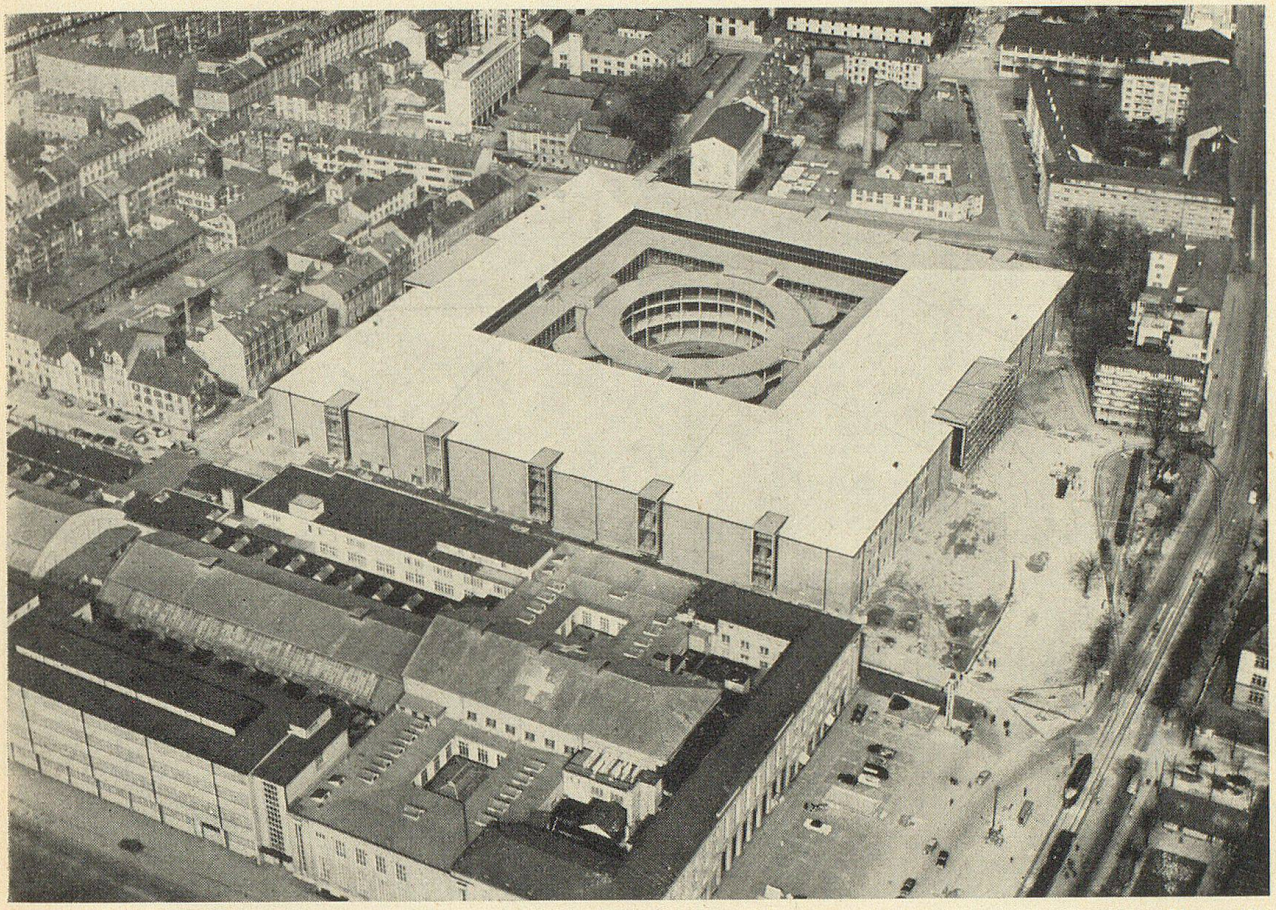
Abflug eines Kontingentes der Schweizer Koreamission vom Flughafen Kloten.
Bundesrat Kobelt und Oberstdivisionär Gugger beim Abschiedsakt.

dès-France erklärte gleich bei Beginn der Amtsübernahme, er werde demissionieren, wenn es ihm innert vier Wochen nicht gelinge, den Krieg in Indochina zu beendigen. Ein Friede in Indochina scheint aber nur möglich, wenn Frankreich weitgehend auf seine dortigen kolonialen Positionen zu verzichten bereit ist.

Die Konferenzwochen in Genf haben inbezug auf Rotchina Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten zu Tage treten lassen, die Gegenstand von Besprechungen auf höchster Ebene zwischen Churchill, Eden und Eisenhower am 25. Juni in Washington bildeten. Es verlautet darüber, daß die beiden Mächte sich mit dem Verlust der indochinesischen Schlüsselstellung abzufinden bereit sind. Während aber die Briten weiterhin auf Anerkennung der roten Regierung in China und auf dem Gebiet des Vietminh drängen, sträuben sich die Amerikaner nach wie vor gegen solcherart Realpolitik. Man will Frankreich die Möglichkeit geben, den Krieg in Indochina in annehmbarer Weise zu beendigen, verlangt aber anderseits ein baldiges Zustandekommen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, mit Deutschland als gleichberechtigtem Partner. Churchill und Eisenhower haben auf alle Fälle die Verpflichtung auf sich genommen, noch dieses Jahr der deutschen Bundesrepublik die volle Souveränität zuzuerkennen. Damit wird nicht nur die Hoffnung auf einen gemeinsamen, mit Rußland zu vereinbarenden Friedensvertrag endgültig verabschiedet, sondern es soll auch Frankreichs Einspruch gegen eine Wiederbewaffnung des deutschen Nachbarn im Falle des Scheiterns der Ratifizierung der EVG umgangen werden.

Neutraler Hilfsdienst

Ein Jahr eigener und dazu neuer außenpolitischer Erfahrungen hat den Blick der Schweizer für die internationalen Vorgänge wieder geschärft. Würde nichts anderes bleiben, so wäre dies schon viele Mühen und einige Kosten wert. Als besonderes Verdienst wird es vielleicht einmal Bundesrat Petitpierre gutgeschrieben werden, daß er es als Gestalter unserer auswärtigen Angelegenheiten verstanden hat, der Dienstpflicht der Solidarität gerecht zu werden, ohne dadurch unsere Neutralität beeinträchtigen zu lassen. Im Gegenteil, er hat, bevor wir unsere Zustimmung zur Mitarbeit in den neutralen Kommissionen zur Ueberwachung des Waffenstillstandes und bei der Heimschaffung der Gefangenen in Korea gaben, Washington auf dessen Anfrage in einer Note deutlich



(Photopreß)

Der Mustermesse-Neubau

Nach knapp einjähriger Bauzeit konnte der imposante Erweiterungsbau der Schweizer Mustermesse in Basel in Betrieb genommen werden. Er enthält 20 000 Quadratmeter vermietbare Ausstellungsfläche und kostete 16 Millionen Franken. — Architekt: Prof. Hofmann, Zürich

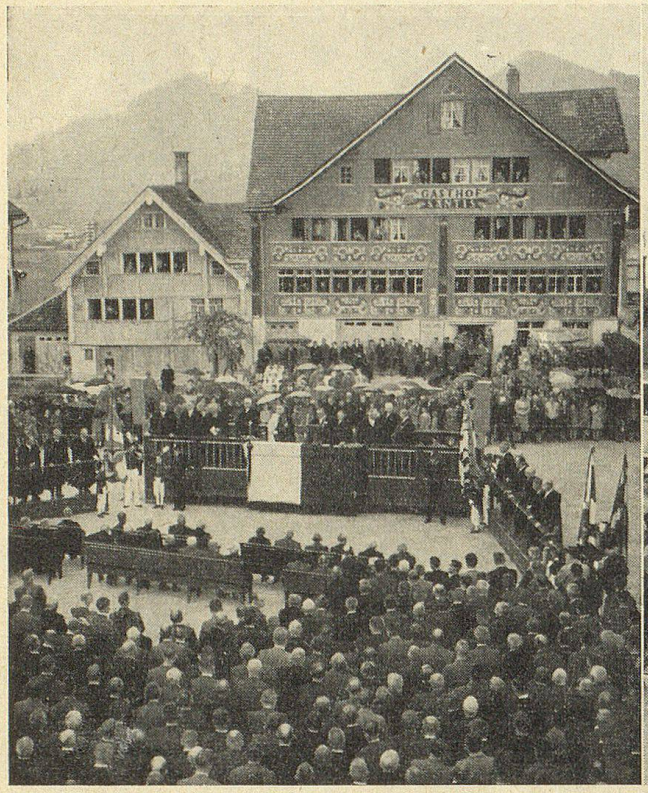
gesagt, diese Aufgabe werde nur in einem Sinne übernommen, der mit der Neutralität in Uebereinstimmung stehe. Die amerikanische Antwort des Einverständnisses kommt insofern Bedeutung zu, daß Washington bei dieser Gelegenheit die Neutralität der Schweiz zum erstenmal ausdrücklich bejahte und ihre besondere Bedeutung unterstrich.

Als nach drei Jahren Krieg am 27. Juni in Korea endlich eine Waffenruhe eintrat, begannen die Sowjets, denen das Waffenstillstandsabkommen das Recht eingeräumt hatte, Gefangenen, welche die Heimkehr scheuten, zum Gegenteil zuzureden, diese „Gehirnwaschungen" zu unterziehen. Den Neutralen in der Heimschaffungskommission gelang es aber, eine Praxis der gewaltlosen Aufklärung durchzusetzen. Bis auf einen geringen Prozentsatz wählten die chinesischen Gefangenen den Weg nach Formosa zu Tschiang Kai-scheck. Am 21. Februar konnte sich die Heimschaffungskommission auflösen, während der Dienst der Überwachungskommission weiter ging. Aus dem Waffenstillstand war ja noch kein Friede geworden. Und so mehrt sich die Zahl der „Koreaschweizer" in unserer Armee, die sich in diesem neutralen Hilfsdienst ablösen, dessen Fragwürdigkeiten von Oberstbrigadier Ernst Groß und Generalmajor Mohn, den Leitern der schweizerischen und schwedischen Gruppen, in Briefen an das Unokommando im Frühjahr jedoch ebenfalls offen kritisiert wurden.

Der Bundesrat hatte eine andere Einladung, Beobachter zur Politischen Konferenz für Korea abzuordnen, abgelehnt. Es kam dann gar nicht zu dieser, sondern am 26. April wurde in Genf im Rahmen der Asienkonferenz deren Aufgabe, einen Frieden zu stiften, in Angriff genommen. Der Bundesrat konnte, dank seiner Ablehnung, Zeuge an der Politischen Konferenz zu sein, die Gastgeberpflichten bei dieser Konferenz unvoreingenommen erfüllen. Unsere Truppen aber hatten, eine wirklich unvorhergesehene Form des Wiederholungsdienstes, während dieser Konferenz die Sitze der Delegationsführer zu bewachen.

Eidgenössische und kantonale Urnengänge

An eidgenössischen Urnengängen gemessen, ist das Jahr der Chronik fast eine Schonfrist der Bürger gewesen. Die Abstimmung vom 6. Dezember über die Neu-



Photopreß

Die Innerrhoder Landsgemeinde in Appenzell
1954

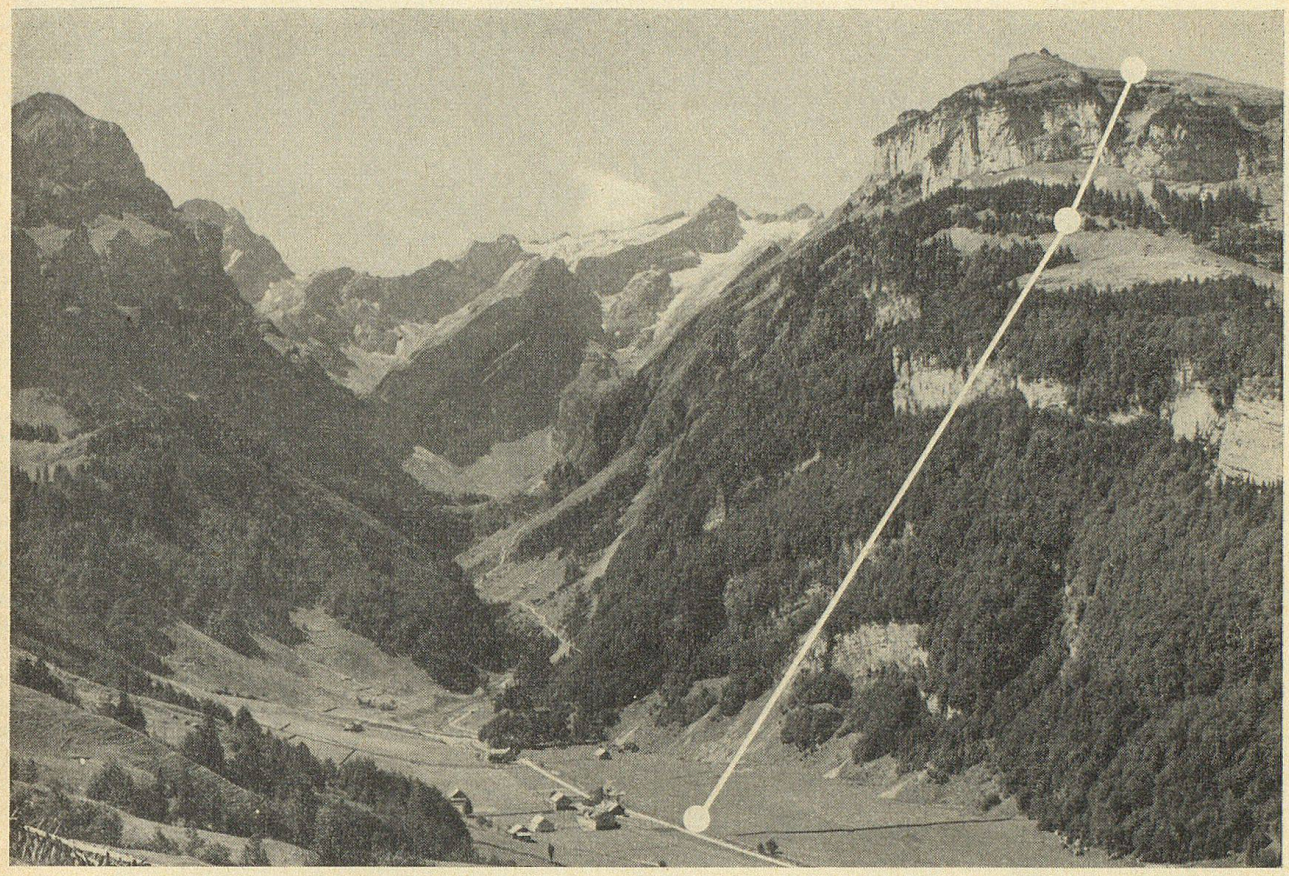
150 Jahre Kanton St. Gallen
Ein prächtiges Bild aus der Toggenburger Gruppe des Festzuges. Es stellt den Fehdezug des Grafen von Toggenburg dar.

ordnung des Bundesfinanzhaushaltes hatte mit ihrem Ergebnis von 487 364 verwerfenden gegen 353 962 annehmenden Stimmen allerdings eine spektakuläre Folge. Bundesrat und Finanzminister Weber war überzeugt, daß es keine bessere Verständigungsgrundlage für eine neue Finanzordnung gebe, eine solche aber notwendig sei; also müsse sie ein anderer Mann auf- und durchsetzen. Er trat zurück. Und seine Partei, der nicht übel nach einem Erfrischungsbad in der Opposition gelüstete, verzichtete, ihn durch einen neuen Mann im Bundesrat zu ersetzen. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte darauf den freisinnigen Zürcher Regierungsrat Dr. Hans Streuli in die Landesregierung. Dessen Partei erhielt damit in dieser wieder eine Mehrheitsstellung und einen Zuwachs an Verantwortung, auf die sie bei heiklen Entscheiden einmal festgenagelt werden könnte. Den vermehrten Einfluß im Bundeshaus hatten die Zürcher Freisinnigen zu begleichen, wählte doch das Volk als Ersatz für Streuli nicht einen Mann dieser Partei, sondern den Strafanstaltsdirektor und Demokraten Emil Reich.

Gleichentags mit der Verwerfung der Bundesfinanzreform nahm das Volk den Verfassungsartikel über den Schutz unserer Gewässer mit 670 747 Ja gegen 159 333 Nein an. Hoffentlich wurde damit eine baldige Säuberung, die nicht in Gänsefüßchen zu setzen ist, eingeleitet, sie würde niemandem weh, allen aber wohl tun. Die Industrialisierung und die immer dichter werdende Besiedlung unseres Lebensraumes hat die Seen und Flüsse zu Gewässern gemacht, die an einer immer schlimmeren Verschmutzung kranken. Sie werden hygienisch zu einer Gefahr und ihr Anblick vermag stellenweise schon Trauer zu wecken, wirkt doch die Trübung der Gewässer wie eine Trübung der Seele der Landschaften.

Am 29. Juni hat das Schweizervolk die beiden Vorlagen über die Einführung des Fähigkeitsausweises im Schuhmacher-, Coiffeur-, Sattler- und Wagnergewerbe und über die Gewährung außerordentlicher Hilfeleistung an kriegsgeschädigte Auslandschweizer schroff abgelehnt, die erste Vorlage mit 187 523 Ja gegen 379 770 Nein und die zweite mit 242 845 Ja gegen 308 806 Nein. Die Stimmbeteiligung betrug nur 39,4 Prozent. Die Ablehnung des Fähigkeitsausweises droht dem Gedanken der Selbsthilfe durch seriöse berufliche Aus- und Weiterbildung abträglich zu sein. Und bezüglich der verworfenen Auslandsschweizer-Hilfe bleibt es vorläufig das Geheimnis der Referendumssieger, wie sie die Steine des Abstimmungssieges in Brot verwandeln wollen. Die Verwendung der vorgesehenen 121,5 Millionen Fr. hängt völlig in der Luft.

Schonjahre eidgenössischer Urnengänge erlauben eine Konzentration auf die kantonalen Ausmarchungen. Und wenn der daraus folgende hohe Wellen-

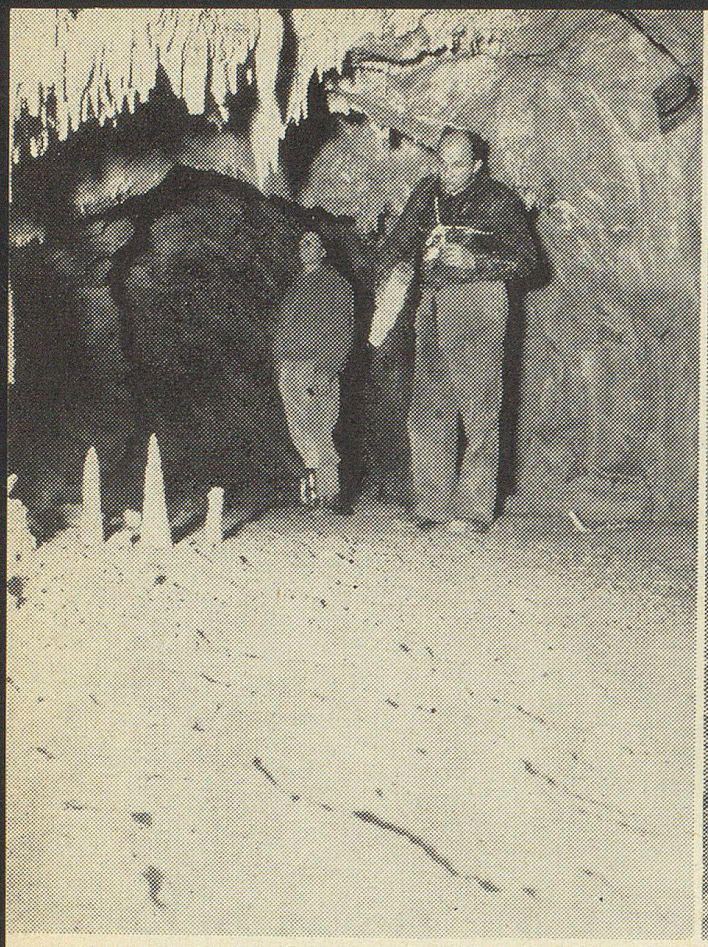


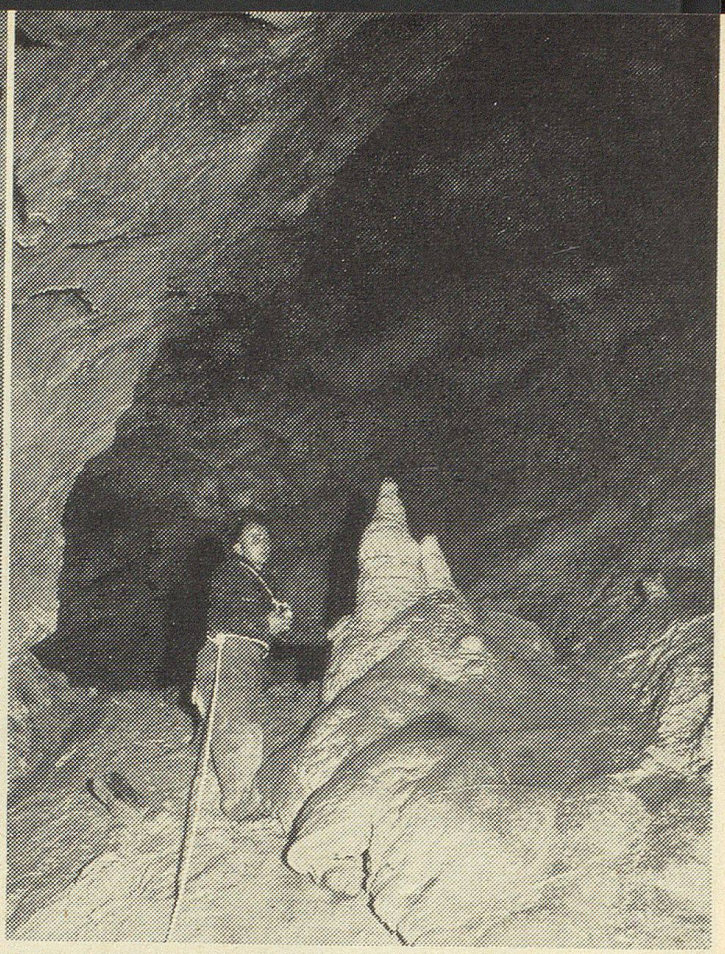
Das projektierte Trasse der Ebenalp-Schwebebahn Photo Groß, St. Gallen.
Unten in der Bildmitte der Standort der Talstation neben der Bahnstation Wasserauen, rechts oben die Bergstation auf Ebenalp, etwas unterhalb die Zwischenstation Bommenalp.

gang nur geringe Verschiebungen bewirkt, so haben diese bei der konservativen Grundeinstellung unseres Volkes doch ihre Bedeutung. Am 7. März fanden die Großratswahlen im Kanton St. Gallen statt. An erster Stelle unter den Gewinnern rangieren die Sozialisten, die nun mit 36 statt wie vorher mit 29 Mann im kantonalen Parlament vertreten sind. Die Freisinnigen konnten zu ihren 59 Sitzen noch deren zwei summieren. Unter den Verlierern steht an erster Stelle der Landesring, dem fünf seiner Leute auf der Strecke blieben, gerade die Hälfte der vorherigen Fraktionsgruppe. Die Jungbauern verloren ihr letztes und einziges Mandat und die Demokraten ordnen einen Mann ab. Die stärkste Fraktion, die Konservativen, fielen um ein Mandat auf deren 90 zurück. Nicht nur in St. Gallen, sondern auch im Kanton Bern befindet sich der Landesring auf dem Krebsgang. So verlor er bei den Berner Großratswahlen im Frühjahr von seinen vier Sitzen deren drei.

Auch in diesem Jahr ist wieder von einem kantonalen Urnengang der Frauen zu berichten. Am 20. und 21. Februar gingen von rund 76 000 stimmberechtigt erklärten Baslerinnen 45 493 zu den Urnen. Von diesen bejahten 33 166 die Frage, ob sie das Stimmrecht wünschten, während 12 327 mit Nein antworteten. Aber ohne die Zustimmung der Männer, die noch aussteht, bleibt es vorerst wieder einmal beim moralischen Erfolg. Zu einem faktischen, wenn auch begrenzten Erfolg aber sind die Frauen der Evangelischen Landeskirche von Appenzell A. Rh. gekommen. Ihnen haben die Männer durch eine neue Bestimmung der Kirchenordnung, welche sagt, es stehe den Kirchgemeinden frei, Frauen, die das 20. Altersjahr vollendet hätten, das Stimm- und Wahlrecht zu gewähren, das Recht zugesprochen, in kirchlichen Fragen gleichberechtigt neben die Männer zu treten bei Wahlen und Abstimmungen. Da der patriarchalische Zug unserer Demokratie vor allem auch in kirchlichen Traditionen wurzelt, haben solche Entscheide natürlich ihre Bedeutung.

Nicht allzuhohe Wellen schlugen die Landsgemeindeverhandlungen. Jene in Trogen wählte am 25. April für den zurücktretenden Regierungsrat E. Tanner den Sozialdemokraten E. Schwendinger aus Herisau. Jene von Appenzell Innerrhoden ersetzte den zurücktretenden Landessäckelmeister Karl Locher durch den Armleutesäckelmeister Beat Dörig. Eine Woche darauf schied im Zaun zu Glarus nach dreißigjähriger Dienstzeit Standesweibel Kaspar Streiff aus seinem Amt und wurde durch den Polizeigefreiten Fritz Oswald aus Ennenda ersetzt. Zu einem äußerst harten Wahlkampf kam es nach dem Ableben von Dr. August Roth, des sozialistischen Regierungsrates, im Thurgau.





Eine Säntis-Höhle

Am Nordabsturz des Säntismassivs, in der Nähe der Stütze II der Säntis-Schwebebahn, entdeckte ein Angestellter dieser Bahn eine große Tropfsteinhöhle, die sich viele hundert Meter tief in das Innere des Berges hineinzieht.

Links: Eine der kleinen Hallen im ersten Teil der Höhle — Rechts: Prachtsexemplar eines Stalagmiten in der ersten großen Halle.

Der Freisinn trat gegen den sozialistischen Kandidaten, Nationalrat Rudolf Schümperli, Sekundarlehrer in Romanshorn, mit einem eigenen Mann zum Kampfe an; ihm schien, der Nachfolger Roths sei zu rot. Doch das Volk bestätigte den Proporzanspruch und half dem sozialistischen Kandidaten mit einem eindeutigen Mehr in die oberste Kantonsbehörde.

Am Barometer der Wirtschaft

In den Wirtschaftsrubriken ist ein in Amerika geprägtes Wort in vielen Variationen abgewandelt worden. Man hat begonnen, von einer Rezession zu sprechen. Die Nachkriegskonjunktur scheint die Kurven für Produktion und Beschäftigung für einmal auf die höchste Spitze getrieben zu haben. Eine Rezession, eine Rückbildung also, so wollte das Wort – jeden Anklang an den Begriff einer Krise elegant vermeidend – sagen, habe eingesetzt. Im Jahresbericht der großen Zürcher Firma Escher Wyß Aktiengesellschaft wurde sogar von einer Konjunkturwendung gesprochen. Diese sei dadurch gekennzeichnet, daß der Kampf um den Absatz schwerer geworden sei; die ausländische Kundschaft fordere vor allem niedrigere Preise, verlängerte Zahlungsfristen aber kürzere Liefertermine. Die Politik der freien Welt hat sich auch auf der wirtschaftlichen Ebene zu bewähren, darum werden alle Veränderungen auf dieser Ebene sorgfältig registriert und vielleicht etwas voreilig auch dramatisiert. Da jedoch Vorsorge immer noch der beste Teil des Regierens geblieben ist, hat das Volkswirtschaftsdepartement für die Räte einen Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Vorbereitung der Krisenbekämpfung und der Arbeitsbeschaffung im abgelaufenen Jahr zur rechten Zeit ausarbeiten lassen; er soll den Erlaß über die Arbeitsbeschaffung aus dem Jahre 1942 ersetzen.

Die Gewöhnung an einen hohen Konjunkturstandard macht die Menschen, psychologisch jedenfalls, eher krisenempfindlich. Auch daraus ist zu erklären, daß es am 7. August vorigen Jahres in Saxon zu schweren Ausschreitungen kommen konnte, weil der Absatz der Aprikosen zunächst nicht so schlank vonstatten ging, wie die Walliser erwartet hatten. Die Ausschreitungen wurden fast zum Aufruhr, als auf dem Bahnhof Güterwagen, darunter einer mit importierten Bananen, angezündet wurden. Tags darauf trat der Bundesrat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um ermahnende Worte zu den aufgebrachten Aprikosenproduzenten zu sprechen und ihnen Absatzerleichterungen für ihre Früchte zu schaffen. Es zeigte sich auch bald, daß das Stöhnen grimmiger gewesen war als das Übel.

Sind wir Eidgenossen wehleidig geworden? Wie dem auch sei, protestierlustig sind wir durch alle Stände – und Verbände! – hindurch. Und marschierfreudig dazu, wenn

uns der Schuh irgendwo drückt. Da wir aber die „Märsche" nach Bern, die in die Mode kommen, mit der Bahn oder den Autobussen fahren und unsere Füße schonen, tönt das paradoxer, als es ist. So sind im Frühjahr zuerst Arbeiter und im schönsten Maienblust am 9. Tag des Wonnemonats die Bauern protestierend nach der Hauptstadt vor das Bundeshaus gezogen.

Es ging diesmal nicht wie so oft um Milch und Wein, sondern um Mieten und Brot. Längst sind wir daran gewöhnt, daß deren Preis vom Bund gestützt oder festgesetzt wird. Dem dadurch geschaffenen sozialen Charakter dieser Preise hat die Konjunktur viel von ihrer ehemaligen Dringlichkeit genommen. Der Bundesrat glaubte deshalb, den Besitzern alter Häuser auf den Herbst eine erste 5 %ige Mietpreiserhöhung in Aussicht stellen und die Ruchbrotverbilligung aufheben zu dürfen. Durch den einen Beschluß fühlten sich die Arbeiter, durch den andern die Bauern herausgefordert und deren Gewerkschaften und Verbände organisierten eben Protestmärsche nach Bern. Da dabei aber mehr die Furcht vor der Not als diese selbst demonstrierte, hatten diese Märsche, soweit am Pegelstand der Wahlen abzulesen war, keine politischen Erschütterungen mit Rutschungen zur Folge.

Dr. Hans Streuli von Wädenswil,
der neugewählte Bundesrat und Vorsteher des Finanzdepartementes

Der helvetische Schritt ins Atomzeitalter

Ständerat und Nationalrat haben in der Septembersession vorigen Jahres einem Antrag des Bundesrates zugestimmt und das Abkommen über die Schaffung einer Europäischen Organisation für kernphysikalische Forschung mit Sitz in Genf genehmigt. Über die Anstrengungen der schweizerischen Atomforschung, die in diesem Rahmen ihr Gewicht haben werden, gaben auf Einladung der Neuen Helvetischen Gesellschaft Zürich im März Professor Paul Scherrer von der ETH und Dr. Walter Boveri Aufschluß.

Unmittelbar nach dem Abwurf der ersten Atombombe hatte Brown Boveri & Co. zwei Arbeitsgruppen gebildet, an denen sich später Gebrüder Sulzer in Winterthur und Escher Wyß in Zürich beteiligten. Diese Gruppen arbeiteten seither mit der ETH und der Universität Basel zusammen. Mit Erfolg. Der Bau eines Atom-Reaktors bei Zürich – das ist eine Art atomischen Ofens oder Kraftwerkes – ist projektiert. Eine kostspielige Sache. Die Industrie will 15 Millionen aufbringen und die Eidgenössische Atomkommission soll 5 Millionen beisteuern. Dr. Boveri unterstrich die Dringlichkeit dieser Arbeiten, einmal weil alle schweizerischen Wasserkräfte in einem Vierteljahrhundert voll in den Dienst der Energiegewinnung gespannt sein werden, und zum andern, weil in einem halben Jahrhundert möglicherweise die Kohle durch die Atomkraft ausgeschaltet sein wird. Die Schweiz ist auf dem Gebiete der Elektrizität eine Großmacht geworden. Soweit es an Forschern und am industriellen Wagemut liegt, sind die Voraussetzungen gegeben, daß sie sich auch im „atomischen" Zeitalter zu behaupten vermag.

Wahrscheinlich wird diese Wendung bald auch den Gesetzgeber beschäftigen. Die Erschütterungen der Wasserstoffexplosionen diktieren wohl neue Luftschutzmaßnahmen. Eine Verordnung des Bundesrates über den Schutz und die Betreuung der Zivilbevölkerung bei Kriegsgefahr und Krieg vom Februar dieses Jahres dürfte bald entsprechende Ergänzungen erfahren. Professor H. H. Staub vom Physikalischen Institut der Universität Zürich postuliert bereits die Errichtung von Stationen zur Überwachung des Luftraumes auf dessen Radioaktivität hin. Der Schritt ins Atomzeitalter kann, ganz im Gegensatz zu jenem, mit dem einst die Herrschaft der Dampfkraft und der Elektrizität begrüßt worden ist, also nicht im Jubel eines technischen Fortschrittglaubens getan werden.

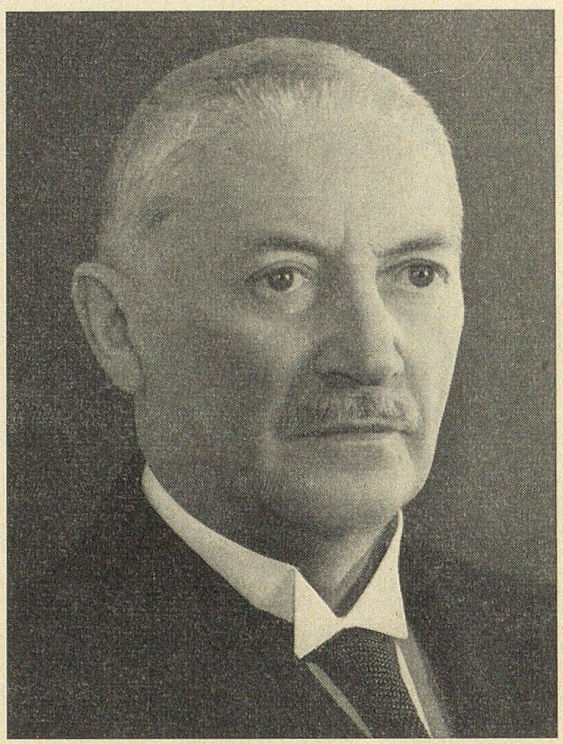
Welche Größenordnung Anpassungen an die neuen Waffen für die Zivilverteidigung annehmen, illustrieren die Planungen Schwedens auf diesem Gebiete. Der schwedische Ministerpräsident Erlander gab darüber Auskunft. Danach plant dieser neutrale Staat für den Fall der Atomkriegführung die Räumung von 100 Ortschaften mit drei Millionen Einwohnern. Bereits seien elf größere Schutzräume in Felsen für insgesamt 85 000 Personen fertiggestellt worden. Das steht in einem beschämenden Gegensatz zu Schwächeanfällen des Defaitismus bei uns, die sich in der welschen Schweiz gar zu einer Initiative verdichteten, welche auf die sofortige Reduktion unserer Militärausgaben abzielt. Hoffentlich bleibt dieser Schwächeanfall regional begrenzt und wirkt wenigstens insofern positiv, als er zum Aufsehen und zur Mobilisierung der Gegenkräfte führt.

Totentafel

Schnitter Tod hat wieder reiche Ernte gehalten und keinen Unterschied gemacht zwischen dem auf der Höhe des Lebens Stehenden und dem in stiller Zurückgezogenheit von seinem Lebenswerk Ausruhenden.

Das Appenzeller Volk gedenkt in Dankbarkeit und Verehrung seines dahingeschiedenen ersten Mitbürgers: Bundesrat Dr. Johannes Baumann. Dr. Bau-

mann war der erste und bisher einzige Appenzeller, dem es vergönnt war, Mitglied unserer obersten Landesbehörde zu werden. Was ihn dazu befähigte, war eine hervorragende politische Begabung, die er schon in jungen Jahren bewiesen hat, und die ihn frühzeitig in die höchsten Ämter seines Heimatkantons berief. Sein redliches, konziliantes, auf Ausgleich der Interessengegensätze tendierendes Wesen ebnete ihm den Aufstieg in die eidgenössische Politik. Es war ein weiter, aber folgerichtiger Weg vom Verhörrichter in Trogen bis zum Präsidentenstuhl im Bundesratszimmer. Die wichtigsten Daten dieser Karriere seien hier nochmals in Erinnerung gerufen: 1905 Regierungsrat, 1911 Ständerat, während 12 Jahren Landammann, 1934 Bundesrat, 1938 Bundespräsident. Eine immense Arbeitskraft war ihm gegeben, die gewaltigen Aufgaben, die die spannungsgeladenen Jahre vor dem zweiten Weltkrieg gerade dem Vorsteher des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes brachten, souverän zu meistern. Hinter und über all dem Wirken in der Öffentlichkeit stand die tiefe Heimatliebe des schlichten Appenzellers, der Dr. Baumann stets geblieben ist. Obwohl er auch nach seinem Rücktritt aus dem Bundesrat im Jahre 1948 den Wohnsitz in Bern beibehalten hat, ist er stets zu kürzerem oder längerem Aufenthalt in seine engere Heimat zurückgekehrt, so wie er als Bundesrat an keiner Landsgemeinde fehlte und zu jeder wichtigen Abstimmung heim ins Appenzellerland reiste, wo er Steuer- und Stimmdomizil beibehalten hatte. Er war und blieb ein bescheidener Diener am Volkswohl, der die Sache vor die Person stellte, gründlich und zuverlässig als Mensch und Magistrat. An der Abdankungsfeier in Herisau 1953 schilderte Bundesrat Dr. Etter in einem warm empfundenen Abschiedswort die schlichte Größe dieses hervorragenden Eidgenossen. Nur ein einziges Mal habe er ihn stolz gesehen, damals im Präsidialjahr 1938, als Bundespräsident Baumann sämtliche Mitglieder des Bundesrates mit ihren Frauen zur Landsgemeinde in Trogen eingeladen hatte und er seinen Gästen sein Volk zeigen durfte in der einzigartigen Kundgebung seiner jahrhunderte alten Freiheit und Selbstbestimmung. Als er fühlte, daß es für ihn Abend werden wollte, da hat er eigenhändig noch seine Lebensrückschau aufgesetzt, mit allen biographischen Daten und Angaben über seine wichtigste gesetzgeberische Tätigkeit, damit es die Zeitungsleute leichter hätten bei der Abfassung des Nekrologes. So schaute er dem Tode ruhig und furchtlos entgegen. Seinem Heimatkanton und seinen Mitlandleuten hat er bis zuletzt seine besondere Liebe und Anhänglichkeit bewahrt. Ihm dürfen wir deshalb mit Fug und Recht die Dichterworte widmen: Der ist in tiefster Seele treu, der die Heimat liebt wie Du. – Um alt Bundesrat Dr. Albert Meyer, der im hohen Alter in Zürich verstarb, war es schon seit Jahren recht stille geworden. Dr. Meyer wurde im Jahre 1929 zusammen mit dem Berner Bauernführer R. Minger in den Bundesrat gewählt, wo er das Finanzdepartement übernahm. Er war aus dem Journalismus hervorgegangen und war von 1915 bis zu seiner Wahl in den Bundesrat Chefredaktor der Neuen Zürcher Zeitung und Mitglied des Nationalrates. Als Finanzminister hatte er die dornenvolle Aufgabe, die Abwertung des Schweizer Frankens durchzuführen und zwar entgegen seiner persönlichen Überzeugung. Nachdem es ihm gelungen war, eine provisorische Neuordnung der Bundesfinanzen für drei Jahre durchzusetzen, zog er sich 1938 resigniert ins Privatleben zurück. – Der im patriarchalischen Alter von 92 Jahren verstorbene Luzerner alt Nationalrat Heinr. Walther war während 35 Jahren eines der einflußreichsten Mitglieder des Nationalrates und der katholisch-konservativen Partei. 44 Jahre bekleidete er das Amt eines Luzerner Regierungsrates, als Vorsteher des Militär- und Polizeidepartements. Viele Jahre gehörte er auch dem Verwaltungsrat der Schweizerischen Bundesbahnen und dem Eidgenössischen Schulrat an. Die ETH verlieh ihm die Würde eines Ehrendoktors. – Nationalrat Theodor Gut, Stäfa, durfte sich auch außerhalb seiner freisinnigen Partei größter Wertschätzung erfreuen. Th. Gut gehörte, nach dem Zeugnis eines konservativen Ratskollegen, zu jenen immer seltener werdenden Politikern, die aus dem vollen Bewußtsein der Verantwortung für die geschichtlich gewordenen Werte der Schweiz heraus leben und diese Verantwortung auch durch die politische Tat bestätigen. Als Parteipolitiker stets auf überbrückende Lösungen bedacht war er ein scharfer Gegner und aktiver Kämpfer gegen alle unschweizerischen Tendenzen. Zu jener Zeit, als unschweizerische Ideologien unser eidgenössisches Erbe zu verschleudern drohten, stand Theodor Gut in der vordersten Front der geistigen Landesverteidigung. – Mit alt Ständerat Ernst Flükiger, St. Gallen, ist ein unermüdlicher und führender Pressemann und Politiker dahingegangen. Ernst Flükiger war in jüngern Jahren ein ausgeprägter politischer Kämpfer, zeichnete sich aber mit zunehmenden Jahren durch ein konziliantes, vermittelndes Wesen aus. Der junge Solothurner Pres-



Alt-Bundesrat Dr. Johannes Baumann †
1874—1953

Erste Reihe von links nach rechts: 1. Alt-Bundesrat Dr. Albert Meyer, Zürich. 2. Alt Ständerat Eduard Pfister, Frauenfeld. 3. Alt-Ständerat Ernst Flükiger, St. Gallen. 4. Prof. Dr. Paul Steinmann, Aarau. — *Zweite Reihe:* 1. Prof. Dr. Maurice Lugeon, Lausanne. 2. Prof. Dr. Emil Ermatinger, Zürich. 3. Dr. iur. Ulrich Oertli, Luzern. — 4. Prof. Dr. Hans Fierz, Küsnacht. — *Dritte Reihe:* 1. Direktor Etienne Perret, Rorschach. 2. Generaldirektor A. W. Glogg, Zürich. 3. Dr. Ernst Eschmann, Zürich. 4. Alt-Ständerat Dr. Josef Piller, Freiburg. — *Vierte Reihe:* 1. Dr. med. Max Richard, Chefarzt am Krankenhaus Rorschach. 2. Alt-Nationalrat Dr. Heinrich Walther, Luzern. 3. Prof. Dr. Friedrich Pieth, Chur, 4. Regierungsrat Dr. August Roth, Frauenfeld.

semann wurde 1911 in die Redaktion des St. Galler Tagblattes gewählt, dessen Auslandsredaktion er während 39 Jahren führte, in den letzten 15 Jahren als Chefredaktor. In der Gallusstadt fand er auch sein politisches Wirkungsfeld, wobei die Wahl in den Ständerat 1952 die Krönung seiner politischen Laufbahn darstellte. – Alt Ständerat Eduard Pfister stand während Jahrzehnten an der Spitze der schweizerischen und thurgauischen Milchproduzentenverbände. Fast ein Vierteljahrhundert saß Pfister als bäuerlicher Politiker im Thurgauischen Großen Rate, und der Bundesversammlung gehörte er zuerst als Nationalrat und später als Ständerat an, bis er altershalber nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges sich in den Ruhestand zurückzog. – In Ständerat und alt Bundesrichter Dr. Josef Piller verlor die Universität Freiburg einen ihrer angesehensten Lehrer und zugleich den geistigen Schöpfer ihrer Neubauten, war doch Dr. Piller 1932–1946 Erziehungsdirektor seines Heimatkantons. Der katholischen Universität, der er übernationale Bedeutung zu verschaffen wußte, galt Pillers eigentliches Lebenswerk und mit ihr wird sein Name stets verbunden bleiben. Im politischen Leben ist Ständerat Dr. Piller weniger hervorgetreten und er mußte dort manche Enttäuschung entgegen nehmen. – Kurz nach seinem 60. Geburtstag erlag Regierungsrat Dr. August Roth, Frauenfeld, einem Schlaganfall, der ihn mitten aus einem arbeitsreichen Leben herausriß. Der junge Jurist hatte seinerzeit bei dem bekannten sozialdemokratischen Politiker Johannes Huber, damals in Rorschach, seine politische Lehrzeit absolviert, der ihm dann auch den Weg in die politischen Ämter öffnete. Während einer Reihe von Jahren bekleidete er das Amt des Gemeindeammanns der Munizipalgemeinde Arbon, er wurde Mitglied des Thurgauischen Großen Rates und 1941 Mitglied des Regierungsrates, wo er sich als Baudirektor bleibende Verdienste erwarb. Während verschiedener Legislaturperioden gehörte Dr. Roth auch dem Nationalrat an. – Mit Alfred Hafner, der während eines Besuches seiner alten Heimat im Alter von 87 Jahren das Zeitliche segnete, ist ein außerordentlich erfolgreicher Ausland-Thurgauer dahingeschieden. Der Islikoner Bauernbub war am Frauenfelder Gymnasium ein Klassenkamerad des späteren Bundesrates Heinz Häberlin. Seine berufliche Laufbahn als Buchhändler führte ihn später bis über den Ozean in die aufstrebende Weltstadt New York, wo er es dank seiner Tüchtigkeit zum Besitzer einer der größten Buchhandlungen der Welt brachte. Der Inhaber der Weltfirma hat die alte Heimat nie vergessen und weilte immer wieder zu Besuch dort, wo er sich als großzügiger Mäzen ein ehrendes Andenken sicherte. – Mit Oberst Joseph Otter ist eine der markantesten Persönlichkeiten des schweizerischen Schießwesens zur Großen Armee abberufen worden. Der Verstorbene widmete sich der militärischen Laufbahn als Instruktor und Truppenkommandant. Als Kommandant der Infanterie-Schießschule Walenstadt übte er einen bedeutenden Einfluß auf das militärische und außerdienstliche Schießwesen aus. Er galt auch als einer der besten Schnellfeuerschützen der Schweiz mit Karabiner und Pistole. Seine Verdienste trugen ihm die Ehrenmitgliedschaft des Schweizerischen Schützenvereins ein. – Mit Prof. Dr. Emil Ermatinger, Zürich, ist wohl der bedeutendste schweizerische Literaturhistoriker der Gegenwart dahingeschieden. Er wirkte zuerst als Gymnasialprofessor für alte Sprachen in Winterthur. Ab 1909 war er als Professor für deutsche Literatur der neuern Zeit an der Eidg. Technischen Hochschule tätig und von 1912–1942 als Professor für deutsche Literaturgeschichte an der Universität Zürich. Von seinen Werken sind besonders bekannt „Gottfried Kellers Leben, Briefe und Tagebücher", „Dichtung und Geistesleben der deutschen Schweiz" und „Die deutsche Lyrik seit Goethe". Zahlreichen Jahrgängen junger Lehrer und Literaturbeflissenen hat er das wissenschaftliche Rüstzeug fürs Leben mitgegeben und ihnen den Blick geöffnet für die unschätzbaren Werte der deutschen Literatur. – Dr. Friedrich Pieth gehörte zu den markantesten Persönlichkeiten auf dem Gebiet des geistigen Schaffens in Graubünden. Während 35 Jahren war er als Lehrer für Geschichte an der Bündner Kantonsschule tätig. Auf dem Gebiet der Geschichtsforschung schuf sich Dr. Pieth eine weit über die Kantonsgrenzen hinaus beachtete Stellung. Die Krönung seiner zahlreichen historischen Publikationen bildete die Herausgabe seiner umfassenden Bündnergeschichte. Als Kantonsbibliothekar führte er die Inventarisation von rund 100 000 Werken durch. – Die schweizerische geologische Forschung verlor mit Prof. Maurice Lugeon ihren Nestor, dem die Wissenschaft wertvolle Erkenntnisse über den Bau der Alpen verdankt. Seine Verdienste wurden mit einer großen Zahl von Ehrungen, darunter der Verleihung von nicht weniger als zwölf Ehrendoktoraten, geehrt. Er dürfte damit der meistausgezeichnete Schweizer Gelehrte der Jetztzeit gewesen sein. – Der Urner Kunstmaler Heinrich Danioth ist vor allem als Zeichner und Maler, als Künstler und Verherrlicher des Urnerlandes und seines Volkes, bekannt geworden. Die Gegend des Vierwaldstättersees, die engen Steiltäler mit ihren Schluchten und Weiden, ihren Pässen und Bergen, hielt er in seinen Bildern fest und schilderte dabei auch die Bauern und Älpler in ihrem harten Tagewerk. – Der im 68. Lebensjahr verstorbene Dr. Ernst Eschmann hat als Literarhistoriker, Schriftsteller und Lehrer an der Höhern Töchterschule Zürich eine vielseitige Tätigkeit entfaltet. Sein literarisches Schaffen war eng mit dem heimatlichen Leben in alter und neuer Zeit verbunden. In seinem fruchtbaren dichterischen Schaffen nehmen Dialektlustspiele sowie Erzählungen für die Jugend einen bevorzugten Platz ein. – Prof. Dr. Paul Steinmann, Aarau, Lehrer an der Aargauischen Kantonsschule, genoß als Biologe großes Ansehen. Er war wohl der beste Kenner unserer einheimischen Fische und hat sich durch viele Publikationen und Expertisen auf diesem Gebiet hervorgetan. – Alt Schulinspektor Dr. h. c. Georg Kummer, Schaffhausen, war weit über die Grenzen seines Heimatkantons bekannt durch seine wissenschaftlichen Forschungen und Publikationen. Aus seiner Feder stammt eine umfassende Untersuchung über die Flora des Kantons Schaffhausen. Er dehnte seine Forschungen auch auf das Gebiet der Volkskunde aus. – Alt Stadtingenieur Emil Keller leitete während 41 Jahren das Bauwesen der Stadt Rorschach. Seit 1939 war er auch Präsident des Verwaltungsrates der Rorschach–Heiden–Bahn. – Der Berner Gymnasiallehrer Dr. Theodor Ischer ist vor allem durch seine urgeschichtlichen Forschungen, besonders der Pfahlbauten am

Bielersee, bekannt geworden. – Professor Dr. h. c. Walter Schädelin wirkte von 1924–1940 als Professor für Waldbau an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. Er veröffentlichte zahlreiche Schriften über den Waldbau, worin er bestrebt war, die Bedeutung des Waldes der Öffentlichkeit vor Augen zu führen. – Prof. Dr. Hans Ed. Fierz lehrte von 1917–1952 organisch-technische Chemie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule. Seine wissenschaftlichen Leistungen wurden auch im Ausland anerkannt und gewürdigt. – Musikdirektor Oskar Stucki, Ebnat-Kappel wurde auf einer beruflichen Autofahrt von einem Schlaganfall überrascht. Die Pflege der Musik war ihm zeitlebens eine Herzensangelegenheit gewesen. Sein Ruf als meisterlicher Chorleiter brachte es mit sich, daß Direktor Stucki als Dirigent des Toggenburgischen Sängerverbandes, als Kantonaldirektor des Appenzellischen und später auch des St. Gallischen Sängerverbandes gewählt wurde. – In seiner Vaterstadt Basel verstarb Dr. phil. Hans Schneider, dem die Inventarisation der schweizerischen Kunstdenkmäler und damit die Schweizerische Gesellschaft für Kunstgeschichte wertvolle Impulse zu verdanken haben. – Die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt in Luzern und mit ihr die Sozialversicherung unseres Landes beklagen den Verlust von Direktor Dr. iur. Ulrich Oertli. Als gebürtiger St. Galler betätigte sich der Verstorbene zuerst als Rechtsanwalt in seiner Vaterstadt. 1920 trat er in die Dienste der SUVA in Luzern, zu deren Direktor er vom Bundesrate 1949 gewählt wurde. Eine Reihe von entscheidenden Neuerungen in der Gesetzgebung der Unfallversicherung und in der Praxis der Anstalt sind auf seine Initiative zurückzuführen. – Die Stadt Rorschach und darüber die ganze Ostschweiz betrauern den jähen Verlust des hochgeschätzten Chefarztes Dr. med. Max Richard, dessen Ruf als hervorragender Chirurg weit über die Grenzen des Landes hinausgedrungen ist. Seit 1931 am Krankenhaus Rorschach tätig, erfuhr dasselbe unter seiner Leitung einen großen Aufschwung. Als Kropfspezialist hat Dr. Richard jährlich über 500 Kropfoperationen durchgeführt. – Mit Professor Otto Gröger ist wohl der bedeutendste zeitgenössische Kenner unserer Schweizer Mundarten ins Grab gesunken. Sein Arbeitsfeld war die Tätigkeit am Schweizerischen Mundartwörterbuch (in der Sprache der Wissenschaft Idiotikon genannt), ein imponierendes Werk von nationaler Bedeutung, für dessen Fertigstellung wohl ein Jahrhundert benötigt werden wird. 40 Jahre hat Professor Gröger diesem Werke gedient, das unter seiner Redaktion um fünf Bände bereichert wurde. – Während 40 Jahren ist Direktor Etienne Perret an leitender Stelle der Konservenfabrik Rorschach gestanden. Er war ein Schweizer eigener Kraft, dessen Initiative und Weitblick über seinen engern Wirkungskreis ausstrahlte. In der Zeit der Stickereikrise nach dem ersten Weltkrieg propagierte Direktor Perret den Erbsenbau im Rheintal und Oberthurgau; heute pflanzen rund 5500 Familien Erbsen, Bohnen und anderes Gemüse für die Rorschacher Konservenfabrik. Dank seiner Initiative wurde auch das erste Tiefkühl-Unternehmen in unserem Lande FRISKO geschaffen, das in der Herstellung und Verarbeitung tiefgekühlter Lebensmittel bahnbrechend war. – Generaldirektor A. W. Glogg stand von 1936–1950 dem Schweizerischen Rundspruch vor. Es waren Jahre einer rapiden technischen Entwicklung, an der Dir. Glogg großen Anteil hatte. Er hatte sich ursprünglich aus dem Lehrerberuf dem Journalismus zugewandt und war viele Jahre Redaktor an der Neuen Zürcher Zeitung gewesen, wo er insbesondere die technische Beilage betreute. Nach seinem Rücktritt beim Radio wandte er sich wieder dem Journalismus zu. – Ein hervorragender Träger unseres Wirtschaftslebens ist mit Direktor Waldburger-Asper, St. Gallen-Teufen dahingeschieden. Nach gründlicher Ausbildung im Bankfach trat er in die Schweizerische Kreditanstalt ein, wobei er von 1913–1940 die Direktion der Filiale St. Gallen innehatte. Der gewiegte Bankfachmann diente der ostschweizerischen Wirtschaft in mannigfacher Weise. Die Umwandlung der Handelshochschule St. Gallen in eine Stiftung war weitgehend sein Werk. – Direktor Tobler, Thal, fühlte sich bis ins hohe Alter mit seiner Firma, der Schweizerischen Seidengaze AG., verbunden, welchem Unternehmen er von der Pike auf gedient hat. Im öffentlichen Leben trat seine soziale Gesinnung und wohlwollende Fürsorge in verschiedenen Ämtern in Erscheinung. – Dr. Hans Becker von Ennenda, Kantonschemiker, wurde 1932 von der Landsgemeinde in die Regierung gewählt, welcher er bis 1941 als Chef des Militär- u. Polizeidepartementes angehörte. Im Militär bekleidete Becker den Grad eines Majors der Infanterie.

Teigwarenfabrik Robert Ernst A.-G., Kradolf